

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/156

17. August 1976

Soziale Sicherheit für die Älteren

Gute Abschirmung für die Zeit nach den
Arbeitsjahren

Von Walter Arendt MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Die DDR auf dem Wege zur Selbstisolierung

Belgrad-Konferenz wird zur Rechenschafts-
legung über Helsinki

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Die "soziale Marktwirtschaft" als Exportartikel ?

CDU-MdB Todenhöfer komplettiert seine Darstellungs-
möglichkeiten

Seite 5 und 6 / 81 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ist wirklich noch Zeit zur Besinnung ?

Seite 7 / 28 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 39
Telex: 03 88 646-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 378611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Soziale Sicherheit für die Älteren

Gute Abschirmung für die Zeit nach den Arbeitsjahren

Von Walter Arendt MdB

Bundeminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des SPD-Präsidiums

Zum Schutze aller Bürger unseres Landes haben wir in den letzten Jahren das Netz der sozialen Sicherheit weiter gespannt und enger geknüpft. Unser Ziel ist und bleibt, mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in unserem Land zu schaffen. Auf diesem Weg des sozialen Fortschritts sind wir in den letzten Jahren ein beachtliches Stück vorangekommen. Trotz weltweiter Rezession gab es in unserer Sozialpolitik keinen Stillstand, geschweige denn einen Rückschritt. Auch in schweren Zeiten haben wir die Leistungen ausgeweitet und dadurch viele Menschen davor bewahrt, an den Rand der Gesellschaft abgedrängt zu werden. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, daß wirtschaftliche Engpässe nur zu oft zu sozialer Not führten.

Das betrifft vor allem die älteren Mitbürger unter uns. Deshalb sorgen wir dafür, daß sie nach einem erfüllten Arbeitsleben in Frieden und sozial gesichert leben können. Natürlich können auch wir nicht den Himmel auf Erden schaffen. Aber wir können vieles zum Besseren ändern. Das haben wir auch getan. Mit einer Reihe von Reformen haben wir in den letzten Jahren erreicht, daß die soziale Sicherung, der Gesundheitsschutz und der persönliche Freiheitsraum unserer älteren Mitbürger erheblich ausgebaut und gefestigt wurde. Manche Lücke wurde geschlossen und manche Ungerechtigkeit beseitigt. Ich möchte dafür ein paar Beispiele anführen:

Da ist vor allem die flexible Altersgrenze. Seit 1. Januar 1973 können Arbeitnehmer, die 35 Versicherungsjahre haben, schon mit 63 Jahren selbst entscheiden, ob sie weiterarbeiten oder lieber in Rente gehen wollen; für Schwerbehinderte gilt dies bereits vom 62. Lebensjahr an. Damit haben wir den steigenden Anforderungen im Berufsleben Rechnung getragen. Jeder kann frei entscheiden, niemand zwingt ihn. Oder nehmen wir die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die alle in hohem Maße am wirtschaftlichen Wachstum teilgenommen haben. Einschließlich der elfprozentigen Erhöhung zum 1. Juli 1976 sind sie seit 1969 um rund 103 vH erhöht worden. Wer 1969 500,- DM Rente hatte, erhält heute 1.017,- DM. Auch die Kaufkraft der Renten ist erheblich gestiegen: seit 1969 bis heute um 40 vH. Rentenerhöhung in diesem Umfang hat es vorher nie gegeben.

Manchen Leuten ist das offenbar ein Dorn im Auge. Sie versuchen, Unruhe zu verbreiten und den Eindruck zu erwecken, als ob die Rentenversicherung pleite ginge. Das ist leichtfertig und verantwortungslos. Denn es geht hier nicht um politische Schaukämpfe, sondern um Millionen von Menschen, denen ihre wohlverdienene Rente die einzige Lebensgrundlage ist. Die älteren Mitbürger dürfen sich von der Schwarzmalerei nicht beirren lassen. Zwar hat

auch die Rentenversicherung den vorübergegangenen Rückgang der Weltwirtschaft gespürt. Aber wir haben vorgesorgt: Für solche Fälle wurde von den Rentenversicherungsträgern eine solide Rücklage angesammelt. Sie beträgt rund 40 Milliarden DM. Das ist ein gutes Polster. Soweit es erforderlich ist, wird vorübergehend auf diese Rücklage zurückgegriffen. Es geht nur darum, daß die benötigten Gelder aus der Rücklage flüssig gemacht werden. Es braucht also niemand um seine wohlverdienene Rente zu bangen. Die Renten werden auch in Zukunft ungekürzt und pünktlich ausgezahlt.

Eine andere, nicht minder wichtige Reform kam den Kriegsoffern zugute: Wir haben das Versorgungerecht strukturell verbessert, die Leistungen dynamisiert und an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepaßt. Damit ist sichergestellt, daß die Kriegsoffiziere - ebenso wie die Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung - gleichzeitig und in hohem Maße an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben.

Im Zusammenhang mit der Rentenreform von 1972 haben wir auch viele Kleinrenten erhöht. Durch die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen wurden frühere Lohndiskriminierungen nachträglich korrigiert. Rund eine Million Rentner, vor allem Frauen, erhalten dadurch heute eine höhere Rente. Eine weitere wichtige Verbesserung ist die gesetzliche Absicherung der betrieblichen Versorgungsleistungen. Dadurch sind die Betriebsrenten jetzt vor Auszehrung und Verfall weitgehend geschützt. Frühere Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten wurden beseitigt.

Auch den Gesundheitsschutz haben wir verbessert und erweitert. Als wichtigste Leistungsverbesserung möchte ich hier die Abschaffung der unsozialen Aussteuerung erwähnen. Früher übernahm die Krankenkasse die Kosten der Krankenhausbehandlung längstens für eineinhalb Jahre. Jetzt wird Krankenhauspflege zeitlich unbegrenzt gewährt. Viele unserer älteren Mitbürger sind damit von einer großen finanziellen Sorge befreit. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen für die Früherkennung von Krebskrankheiten hinweisen. Sie gibt es seit Januar 1971. Anspruch haben Frauen vom 30. und Männer vom 45. Lebensjahr an. Diese Vorsorgeuntersuchungen dienen dem Erhalt der Gesundheit.

Diese kurze Leistungsbilanz zeigt, daß der soziale Fortschritt keine leere Phrase ist. Wir haben Wort gehalten und für Millionen Menschen in unserem Lande mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit durchgesetzt. In den kommenden Jahren geht es darum, das Erreichte zu sichern und die Leistungen dort zu verbessern, wo es erforderlich und finanziell möglich ist. Deshalb werden wir in der Sozialpolitik weiterarbeiten wie bisher, mit Augenmaß und Überzeugung - zum Wohle der Menschen in unserem Lande.

(-/16.8.1976/mie/e)

+ + +

Die DDR auf dem Wege zur Selbstisolierung

Belgrad-Konferenz wird zur Rechenschaftlegung über Helsinki

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des deutschen Bundestages

Vor kurzem ist in Ost und West die Schlußakte von Helsinki ausführlich gewürdigt worden. Niemand hatte übertriebene Hoffnungen, aber bei allen Schwierigkeiten ist es doch unbestritten, daß im Sinne von Helsinki Fortschritte erzielt worden sind. Bedeutungsvoll ist, daß wir inzwischen der Konferenz von Belgrad näherkommen, auf der die praktischen Ergebnisse der KSZE-Konferenz behandelt werden. Dabei zeigt sich, daß konservative Kräfte in beiden Teilen Deutschlands immer nervöser werden und reagieren, je näher wir dem Konferenztermin kommen. Der DDR fällt es schwer, die freien Informationsflüsse zu verkraften, die jährlich 3,5 Millionen Bundesbürger den Verwandten und Freunden in der DDR verschaffen. Nicht zuletzt hat die Berliner Konferenz der kommunistischen Parteien einen Prozeß eingeleitet, der ganz und gar den Absichtserklärungen von Helsinki entspricht.

Man muß also verstehen, daß die andere Seite durch die Politik des Westens nervös geworden ist. Auf unserer Seite gefallen sich CDU und CSU politisch in Rollen der Neinsager und verbalen Störenfriede, die, so ihr CSU-Abg. Wittmann, Embargo, Waffe und Schießbefehl den geduldigen Verhandlungen vorziehen. Wir müssen einen kühlen Kopf behalten, denn die Deutschlandpolitik als Wahlkampfthema wäre das Ende einer vernünftigen Politik. Wer meint, der Wahlkampf sei eine Probe dafür, wer gegenüber oder mit der DDR am härtesten umgeht, irrt. Ob Embargo oder Schießvorschläge: es handelt sich dabei, wie jeder weiß, um nichts anderes als um politische Windmacherspiel, womit weder Westberlin noch der Bevölkerung in der DDR geholfen wird.

In Helsinki sind weitreichende Vereinbarungen getroffen worden, in Belgrad wird überprüft, ob und wie sie eingehalten worden sind. Wenn

die Dinge so weitergehen sollten, wird die DDR in einer Außenseiterposition sein. Sie hat alles getan, um der Entspannung entgegenzuwirken.

Die Schlußakte von Helsinki reizt natürlich zum Spiel mit drei Bällen. Hier: Erst Korb III, dann Korb I, und als Druckmittel der bei allen Seiten so geschätzte Korb II (wirtschaftliche Zusammenarbeit). Dort: Hältst du nicht die Prinzipien (Korb I) ein, gewähre ich dir keine Erleichterungen für humanitäre Beziehungen (Korb III). Es ist offensichtlich, daß auf der bevorstehenden Belgrader Konferenz diese Tendenzen als Alibi-Versuch vorgetragen werden.

Alle Unterzeichner der KSZE-Schlußakte werden aber Rechenschaft ablegen müssen über die Respektierung und Verwirklichung der Absichtserklärungen. Da wird auch kein Vertrauen in eine östliche oder westliche Mehrheit helfen. Die KSZE-Konferenzen sind keine Institutionen mit wechselnden demokratischen Mehrheiten. Die Politik der Bundesregierung wird nicht darauf aus sein, die unmenschlichen Mittel der Grenzicherung der DDR dort anzuklagen, wo sie glaubt, keine Mehrheit für ihr Anliegen zu finden. Der Weg nach Belgrad ist sicherer als der nach New York.

Zu bedenken ist aber, daß die KSZE Beschlüsse nur einstimmig faßt, anders als in der UNO, wo Minderheiten sich Mehrheiten zu fügen haben und beide unter Umständen einem Veto. Keine der beiden deutschen Seiten sollte hier in Spekulationen verfallen. Es wäre dem Ernst der Lage und dem für das Leben und Wohlergehen der Bürger notwendigen positiven Entwicklungsprozeß der Entspannung angemessen, in einer Phase des Nachdenkens Maß und Qualität der Mittel zu überprüfen, die der Vernunft und dem friedlichen Zusammenleben entgegenstehen. Die DDR sollte sich nicht isolieren und gegen sich eine Mehrheit provozieren, die in Belgrad zu erkennen geben könnte, daß sie die Anklage der Grenzzwischenfälle zu unterstützen gedenkt. Eine Gruppierung der Unterzeichnerstaaten der Helsinki-Akte kann dem Entspannungsprozeß nur abträglich sein und das Zusammenleben der Völker Europas in Gefahr bringen. (-/17.8.1976/mie/e)

+ + +

Die "soziale Marktwirtschaft" als Exportartikel ?

CDU-MdB Todenhöfer komplettiert seine Darstellungsmöglichkeiten

Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer (35), entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat die Palette seiner Darstellungsmöglichkeiten erweitert. Im Stuttgarter "Seewald"-Verlag erschien sein Buch "Wachstum für alle/Plädoyer für eine internationale Soziale Marktwirtschaft". Todenhöfers Buch ist ein regelrechtes Programm: Er entwickelt ein Fundament für seine Vorstellungen, legt eine Bestandsaufnahme vor, folgert aus den heute diskutierten Positionen und zeigt schließlich die Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Politik der Industriestaaten einerseits und den Entwicklungsstaaten andererseits auf.

Dieser Todenhöfer muß ernst genommen werden. Kaum, weil hinter seinen entwicklungspolitischen Vorstellungen in oder außerhalb der Unions-Parteien mächtige Schubkräfte ständen. Er hat sich aber seit seiner Wahl in den Bundestag - 1972 - effektiv in Szene setzen können und immer ein aufmerksames Publikum gefunden. Einer langen Phase, in der er nach allem achnepte, was entwicklungspolitisch Furors versprach, folgte die Rolle des Kritikers der internationalen entwicklungspolitischen Vorgänge. Höhepunkt dieser Seite Dr. Todenhöfers war sein Auftreten am Rande der UNCTAD-Konferenz im Frühsommer 1976 in Nairobi. Es war also konsequent, der interessierten Öffentlichkeit nach all den meist weniger gelungenen Husarenstückchen der vergangenen Jahre eine geschlossene Darstellung der eigenen Vorstellungen zu bieten. Dr. Jürgen Todenhöfer kommt bei diesem Unterfangen ein merkwürdiges Phänomen zustatten.

Es ist das "Gruhl"-Phänomen, auf das Todenhöfer setzen kann, legt er seine Vorstellungen vor. MdB Dr. Herbert Gruhl, einer der Umwelt-Spezialisten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat vor einiger Zeit ein Buch über die Zerstörung und Gefährdung unserer Umwelt durch die Industrialisierung und den damit verbundenen Raubbau an der Natur und ihren Bodenschätzen geschrieben. Man kann, um es kurz zu machen, offensichtlich Klage über bedrückende und erschreckende Zustände führen und gleichzeitig zur Partei derjenigen gehören, die die beklagten Zustände vielfach politisch zu verantworten haben, ohne zugleich ungläubwürdig zu werden. Bei Todenhöfer erfährt dieser "Gruhl"-Effekt, der ökonomische, politische und auch moralische Widerspruch zwischen Anspruch und Praxis, eine besondere Nuancierung: Der Unions-Sprecher für Entwicklungsfragen hat ihn klar erkannt und löst ihn auf eine wenig schmeichelhafte Weise.

Demit das eigene Fundament, die "soziale Marktwirtschaft" überzeugend als Exportartikel eingebracht werden kann, muß jeder "Mitbewerber" aus dem Rennen geworfen werden. Nur auf der Basis der Universalität der "sozialen Marktwirtschaft" ist der beschriebene Widerspruch aufzulösen. Ist dies einmal geleistet, ist Platz geschaffen für Befürworter der gegenwärtigen

weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten, aber auch für Anhänger der Veränderung. Historisch entstandene Gegensätzlichkeiten (Stichwort: Kolonialismus) oder auch durch lange negative Erfahrungen nach der Beendigung der politischen Unfreiheit verfestigte Einstellungen (Todenhöfer spricht von "Frustrationen") werden im universellen sozialen Marktwirtschaftssystem einteilbar und offen für Lösungen, die in einem ganz anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmen entwickelt wurden. Todenhöfer vereinnahmt die Länder der Dritten Welt in seine "soziale Marktwirtschaft", um ihnen dieselbe als Ausweg vorzuschlagen.

Die Methodik seines Vorgehens wird deutlich, wo er sich um eine Klärung seines ordnungspolitischen Estrichs bemühen muß. Dr. Todenhöfer führt seinen Lesern die Gefahren einer Planwirtschaft - sein Gegensatz zur "sozialen Marktwirtschaft" à la Röpke, Rüstow und Hayek - am Beispiel der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches vor. Und hier muß die Trickkiste herhalten: Natürlich war die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches mit perfekten Plan-elementen durchsetzt. Dr. Todenhöfer verschweigt jedoch, daß diese Plan-elemente damals dem vollen Willen maßgeblicher Vertreter wichtiger ökonomischer Interessen entsprach. Das Herauslösen eines "Modells" aus seinem konkreten gesellschaftlichen Kontext und aus dem Geflecht von Interessen und Absichten und sein willkürliches Übertragen auf andere Verhältnisse gerät zur reinen Ideologie - im Falle des Dr. Todenhöfers zur Bösartigkeit und Absurdität. Ein Textbeispiel macht dies anschaulich: "Gerade in der Bundesrepublik sollte es jedoch vor dem bekannten geschichtlichen Hintergrund schwer-fallen, sich einfach damit zu beruhigen, daß es so schlimm wie beim letzten Mal nicht kommen könne. Das darf und kann keine Begründung für die vor-eilige Billigung planwirtschaftlicher Maßnahmen sein, die von den UN, der UNCTAD und der UNIDO gefordert werden, denn angefangen hatte es auch im Dritten Reich für den einzelnen nicht nur wenig bedrohlich, sondern sogar recht erfolgverheißend."

Dr. Todenhöfer hat sein Buch selbst entwertet. Man kann über die Originalität seiner Einzelvorstellungen streiten - das meiste ist bekannt und kein Erstlingsprodukt aus der Oberstufe des CDU-Politikers. Sein Exportartikel "soziale Marktwirtschaft" entpuppt sich beim genaueren Hin-sehen als Ideologie, weil peinlich genau Macht- und Interessenfragen ausgeklammert werden. Der bloße Appell zur Veränderung soll die Suche nach Wegen verdecken. Je weiter man in "Wachstum für Alle" nachliest, umso stärker wird der Verdacht, daß Dr. Todenhöfer, der angestrebten Stimmigkeit seiner Gedanken zuliebe, die vorhandenen Orientierungsmarken auch noch als "Pragmatismus" abzuqualifizieren versucht. Bleibt der Schluß, daß der "Saewald"-Verlag ein weiteres Buch mit dem CDU-Zielpunkt 3. Oktober herausgegeben hat.

Klaus Vater
(-/17.8.1976/mie/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ist wirklich noch Zeit zur Besinnung ?

Das "Bürgerblatt Nieder-Roden" veröffentlichte am 4. August 1976 den Leserbrief des Heinhäuser Bürgers Herbert Kemp, der an einer CDU-Versammlung mit dem ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal teilgenommen hatte.

"Als parteilich ungebundener politischer Interessent nahm ich an der CDU-Veranstaltung mit Gerhard Löwenthal teil. Was dort geboten wurde, hat mich als Demokrat entsetzt.

Bei Hofbräuhausatmosphäre mit bayerischer Trachtengruppe und entsprechender Musik wurden den Zuhörern Platitüden und sich anschließend selbst widerlegte Unwahrheiten geboten, die jegliches Niveau vermissen ließen. Bezeichnend für den Großteil des Publikums war, daß man noch begeistert klatschte, als der Referent es für zu dumm erklärte, sozialistische Ideen zu verstehen.

Wenn sich die CDU als Garant der Freiheit versteht und man an die erzwungen Selbstkritik eines Herrn Heuble nach östlichem Muster denkt, von einem Rodgau-CDU-Kandidaten vernimmt, 'veröffentlicht wird nur was vorher von mir zensiert wurde', von einer mir unbekanntem Parteigröße Dudenhofens per Mikrofon beim Nennen des Namens Dregger die Drohung an die Opposition geht: 'Der räumt mit Ihnen auf', dann verstehe ich die CDU-Interpretation von Freiheit nicht.

Wenn nach Schluß der Veranstaltung ein offensichtlich Andersdenkender von einem CDU-Mitglied oder -Interessent (der Name wurde polizeilich festgestellt) grundlos angepöbelt wurde: 'Sie Schwein, gehen Sie in die DDR', wenn die Bedrängten Polizeischutz nehmen mußten, so ist mir bei dieser versprochenen Freiheit angst und berge, und ich fürchte mich vor dieser zumindest genauso, wie Herr Löwenthal sich vor den Sozialisten fürchtet. Da hilft auch Herr Kohl als Aushängeschild wenig, wenn man eine solche Gefolgschaft hat und solche mit Haß erfüllte Hurrastimmung in Parteiveranstaltungen erzeugt wird, die wir bereits aus der Zeit des großdeutschen Reiches und von östlichen Gefilden kennen. - Es ist noch Zeit zur Besinnung".

(-/ 17.8.1976/kr/s)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert